

Annoncen
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Capitale dieser Zeitung
(Wilhelmsburg 17.)
bei C. J. Ulrich & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei L. Dreissig,
in Weseritz bei Ph. Matthias,
in Breslau bei J. Jäger.

Posener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Annoncen
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei C. J. Ulrich & Co.,
Haasenstein & Vogel,
Adolph Möller.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 182

Das Abonnement auf dieses Blatt kostet jährlich 6 Mark pro
scheinende Blatt, beträgt vierfachjährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Befestigungen nehmen alle Postanstalten bis dem
hohen Meilen an.

Mittwoch, 12. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgesparte Petzelle oder breiter
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amtliches.

Berlin, 11. März. Der König hat dem Gutsräther Knispel zu
Münsterberg, Kreis Naugard, den Charakter als Oeconomierath ver-
liehen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung.

Berlin, 11. März. Am Ministerische: v. Puttkamer,
Maybach, Dr. Lucius.

Vizepräsident v. Heerenman eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.
Eingegangen ist eine Interpellation des Abg. Zelle, folgenden Wortlauts:

Ich frage die Königliche Staatsregierung:

Ist dieselbe in der Lage, über die tumultuarischen Vorgänge in
Neustettin am Sonnabend, den 8., und Sonntag, den 9. d.
Ms., authentische Auskunft zu ertheilen?

Das Haus tritt in die zweite Berathung des Entwurfs einer
Landgüter-Verordnung für die Provinz Schlesien.

Abg. Ottow erklärt sich gegen die Vorlage. Das bisher geltende
Erb- und Pflichttheilrecht hat in Schlesien nicht ungünstig gewirkt.

Der schlesische Grundbesitz und besonders der Bauernstand hat
sich unter dieser Gesetzgebung wesentlich gehoben. Bodenkultur,
Wohlstand und Wohlhabenheit in den bürgerlichen Kreisen sind
gestiegen, ohne daß eine übermäßige Beschlüsselung des Bodens
eingetreten ist.

Im Gegenteil ist der Preis für die einzelnen kleinen Stellen ein so hoher, daß daraus der Schluss erlaubt ist,

dass die vorgenommenen Gutsteilungen noch nicht genügen. Dismem-
brationen in Folge von Erbtheilungen sind sehr selten vorgekommen;

die statistischen Nachweisungen des Oberstaatsdienstes von Schlesien, nach
denen in den Jahren 1850—80 von 10 723 Dismembrationsfällen 3182
durch Erbteilung erfolgt sein sollen, hält Redner für unrichtig. Denn
alle Erfahrungen der Gerichte, welche hierüber in Folge ihrer Praxis

in Grundbuchs- und Nachlaßfächern das kompetenteste Urtheil haben,
widersprechen dem Ergebnis dieser Zahlen, wie denn auch sämtliche
Gerichte Schlesiens das Bedürfnis der beabsichtigten Gesetzesänderung
bestritten haben.

Ein Anerbericht und eine Bevorzugung des ältesten Sohnes kennt der schlesische Bauer nicht. Wenn das vorliegende Gesetz
auch kein besonderes Interessaterecht für den ländlichen Grundbesitz

einführt, so bereitet es doch einen solchen Schritt vor und hat eine der
bewährten preußischen Agrargesetzgebung feindliche Tendenz. Findet das
Gesetz Anwendung, so wird die starke Bevorzugung des ältesten Sohnes
zum Nachtheile der übrigen Kinder den Frieden der Familie zerstören

und ein ländliches Proletariat schaffen.

Minister Dr. Lucius: Nachdem die gegen die Vorlage sprechen-
den Prinzipien schon wiederholt hervorgehoben worden sind, die Vor-
lage jedoch die Zustimmung der Kommission erhalten hat, halte ich es
nicht für erforderlich, noch einmal darauf zurückzukommen. Es be-
hauptet Niemand, daß der bäuerliche Grundbesitz übermäßig vorschuldet

sei, sondern nur, daß die allgemeine wirtschaftliche Lage es gebietet,
alle die vorhandenen Missstände zu heben, um eine Beschlüsselung oder
Auflösung des bäuerlichen Grundbesitzes zu verhindern. Ich werde, da-
habe, erst in der dritten Lesung darauf zurückkommen. Für heute will

ich ihm erwidern, daß ein Unterschied zu machen ist zwischen den Fort-
schritten der wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt und der Lage des
Grundbesitzes als solchem. Diese Materien sind verschieden und durch-
aus nicht identisch. Man muß daraus folgern, daß aktive Maßregeln

der Legislative nötig sind. Ferner hat der Herr Vorredner statistische
Zahlen angeführt. Dieselben sind aber Durchschnittszahlen und als
solche deutungsfähig. Es ist nicht zu leugnen, daß die Verschuldung
zugenommen hat, und daß die Überschuldung bis auf das Bierzgsache

des Grundsteuerreinertragos steigen. Das sind doch Zustände, die einer
Abhilfe bedürfen. Es finden sich eben Schwankungen vom Maximum
bis zum Minimum darin. Auch die Zahlen aus der Biestatistik, die
der Herr Vorredner anführte, beweisen nichts.

Werthloses Vieh, das gut gefüttert wird, ist eben für den Grundbesitz von böhem Werthe,
mit schlechtem Vieh geht der Werth zurück. Wenn der Herr Vorredner
die Besitzstatistik der Bezirke Aachen und Danzig anführt, so läßt sich
aus diesen Zahlen, wie aus den übrigen, für Schlesien in keiner Weise

ein Grund hernehmen, um gegen diese Vorlage auftreten zu können.
In seinen Ausführungen liegt grade der Beweis und die Zustimmung,
daß alle diese Maßregeln auf administrativem und legislativem Gebiet

getroffen werden müssen, um den bäuerlichen Grundbesitz zu festigen.
Ich bitte, das Gesetz anzunehmen.

Abg. v. Budenbrock: In § 1 der Vorlage ist der Minimal-
grundsteuerreinertrag der eintragungsfähigen Güter auf 60 M. fest-
gesetzt worden, während er in Brandenburg 75 Mark beträgt. Diese
Bestellung ist durchaus zu billigen, da es in einzelnen unfruchtbaren
Theilen Schlesiens sparsame Bauergüter mit nur 60 M. Grund-
steuerreinertrag geben.

Abg. Dr. Langenbeck: Was der Herr Minister gegen die
Ausführungen des Abg. Ottow geäußert hat, spricht eher gegen, als
für das Gesetz. Wenn er geltend gemacht hat, daß der Bauer von
dem Interessaterecht nur fakultativ Gebrauch zu machen braucht, so
verstehe ich den ganzen Zweck des Gesetzes nicht.

Hierauf wird § 1 und sovann die übrigen Paragraphen des Ge-
setzes ohne Diskussion angenommen.

Es folgt die zweite Berathung der Sekundärbahnvorlage.

§ 1 ermächtigt die Staatsregierung: 1. Zur Herstellung von
Eisenbahnen etc.

Bei Nr. 1 (zum Bau einer Eisenbahn von Labiau nach Tilsit
5 286 000 M.) spricht

Abg. Brämer der Regierung den Dank für die Projektierung
der Bahn aus und bittet um Bewilligung der geforderten Summe,
da diese Bahnstrecke für Ostpreußen von sehr hoher Bedeutung wer-
den wird. Besonders für die Industrie, welche jetzt über nur sehr un-
genügende Transportmittel verfügt, werden durch Eröffnung dieser
Bahnstrecke lang gegebene Wünsche und Bedürfnisse erfüllt werden.
Redner bittet zum Schluss die Regierung, die Vorarbeiten zu einer
Bahnlinie Tilsit-Stallupönen womöglich noch in diesem Jahre in An-
griff nehmen zu lassen.

Für die Eisenbahn Posen-Wreschen sind 3 580 000 M. aus-
geworfen.

Abg. Kantak spricht die Hoffnung aus, daß der Minister noch
eine Vorlage über die Fortsetzung dieser Bahn nach Slawec bringen
wird. Ferner möchte er, der Minister möchte die Bevölkerung der
Stadt Posen darüber beruhigen, ob die dort so lebhaft gewünschte
Haltestelle am Gerberdamm auch wirklich errichtet werden wird.

Minister Maybach sagt die Ausführung der betreffenden An-
lage zu.

Die Summen für diese Position und für die Eisenbahnstrecken
von Lissa nach Jarotschin, von Lissa nach Ostrów und
von Bentzchen nach Wollstein werden bewilligt.

Nr. 1 und Nr. 2—8 werden bewilligt.
Bei Nr. 9 (Bahn von Bitterfeld nach Stumsdorf 1 255 000 M.)
empfiehlt

Abg. Simon v. Bastrow die Anlage einer Bahn von Zerbst
nach Kösen und bittet den Minister, eine darauf bezügliche inzwischen
eingegangene Petition zu berücksichtigen.

Nr. 13 fordert für die Bahn von Dahlerau nach Langerfeld
(Rittershausen) 1 035 000 M.

Abg. Dr. Lieber (Montabaur) erklärt, für die Forderung
stimmen zu wollen, hält sich aber vor, falls die Grunderwerbskosten
für die beteiligten Gemeinden zu groß werden, zu beantragen, daß
die Hälfte der Grunderwerbskosten für die Bahn auf Staatsfonds zu
übernehmen sei.

Abg. v. Gunn: Wir verzichten für diesmal auf einen dabin-
gehenden Antrag, da der Regierungsvertreter in der Kommission ver-
sprochen hat, im nächsten Jahre die Fortsetzung der oberen Wupper-
thalbahn von Krebsöe über Dennewitz nach Nadevormwald und
nach Hülsdorfer zur Bewilligung vorzuschlagen.

Abg. Dr. Hammacher schließt sich dem Vorredner an, trotzdem
er überzeugt ist, daß die Kosten für die beiden Gemeinden zu hoch
sein werden.

Nr. 13 wird hierauf angenommen, ebenso die weiteren geforderten
Routen.

Abschnitt II des § 1 bewilligt 2 999 700 M. zur Bereitstellung an
dem Bau einer Eisenbahn von Heide nach der Landes-
grenze bei Ribe.

Die Kommission beantragt Bewilligung dieser Summe und
Annahme folgender Resolution:

Die Regierung aufzufordern, in den Koncessionsbedingungen für
die Eisenbahn von Heide nach der Grenze Südtirols bei Ribe Vorsorge

zu treffen, daß die Interessen der Landesverteidigung gewahrt werden.

Abg. Hansen bitte, die Resolution abzuleben, da die Inter-
essen der Landesverteidigung ohnehin bei jeder Konzessionsertheilung

berücksichtigt werden.

Abg. Dr. Hammacher: Ich habe mich seitdem diese Resolution
in der Kommission gestellt worden ist, überzeugt, daß sie überflüssig ist
und bitte daher um Ablehnung derselben.

Minister Maybach: Die Resolution erfüllt absolut keinen Zweck,
da die Regierung bei jeder Konzessionsertheilung einer Bahnlinie die
Interessen der Landesverteidigung in erster Linie in Erwägung zieht.
Es würde also einen eigenthümlichen Eindruck machen, wenn Sie heute
diese Resolution zu der gar kein Anlaß vorliegt, annehmen.

Abschnitt II wird bewilligt, die Resolution einstimmig ab-
gelehnt.

Abschnitt III. fordert zur Anlage eines zweiten Gleises
auf den Bahnhöfen Westend-Hundeshle, Bohmte-Kirchenhe, Trois-
dorf-Niederlahnstein und Saarbrücken-Saargemünd 9 660 000 Mark,
welche ohne Diskussion bewilligt.

Abschrift IV. fordert zu verschiedenen Bau-Ausführungen
16 110 000 M., darunter 450 000 M. für die Umgestaltung und
Erweiterung des Bahnhofes Steglitz bei Berlin, welche
ohne Diskussion bewilligt werden.

Bei Nr. 5 dieses Abschnitts (Herstellung einer besseren Verbin-
dung zwischen Bochum und Wanne 450 000 M.) stellt auf Antrag des
Abg. Naturp

Minister Maybach die Inangriffnahme einer besseren Verbin-
dung zwischen Berlin und Bochum in Aussicht.

Nr. 5 und der ganze Abschnitt IV. wird hierauf bewilligt, ebenso
die folgenden Abschnitte, womit § 1 des Gesetzes angenommen ist.
Unter § 2 beantragt die Kommission die Einführung des fol-
genden § 2a:

Soweit bei der im § 1 erwähnten Eisenbahn von Heide nach der
Landesgrenze bei Ribe die auf die übernommenen Aktien entfallende
Dividende 4 p.C. des Nominalbetrages der zum Zwecke der Einzahlung
aufgenommenen Anleihe in einem Jahre übersteigen sollte, ist der Ueber-
schuß zur Tilgung dieser Anleihe zu verwenden.

Minister v. Scholz erklärt sich gegen diesen Paragraphen, der
eine unmittelbar praktische Bedeutung nicht habe. Auch Erträge von
dem Unternehmen über 4 p.C. ist kaum zu rechnen. Der Antrag
der Kommission habe aber eine prinzipielle Bedeutung, indem er eine
Korrektur des Überschussverwendungsgesetzes im gegebenen Fall im
Auge hat. In einem Falle angenommen, würde der Antrag sicherlich
in allen späteren Fällen wiederholt und voraussichtlich angenommen
werden. Dadurch würden die Staats- und Rechnungsarbeiten noch mehr
kompliziert werden, als es schon jetzt der Fall ist, und die Schwierig-
keiten in der Aufstellung des Haushaltsetsatzes noch mehr vermehrt wer-
den. Die Regierung könnte sich diesem Antrag der Kommission nicht
anschließen.

Abg. Stengel beantragt unter Darlegung finanztechnischer
Gründe in § 2a zu setzen statt „zur Tilgung dieser Anleihe“ „zur
Tilgung von Eisenbahnanleihen oder zur Anrechnung auf dieselben.“

Minister v. Scholz: Auch gegen den Antrag in dieser Form
muß ich mich aussprechen und dabei beharren, daß durch diesen Para-
graphen die Grundlage des Amortisationsgesetzes erschüttert wird.

Wenn man die Regierung offen vor den Antrag stellen würde,
jenes Gesetz zu ändern, so könnte sie sich dazu bereit finden lassen. Anders
aber ist es, durch diesen Paragraphen einer Änderung des Gesetzes
vorzugreichen. Dieser Paragraph für sich allein würde eine solche Ver-
wirrung in der Praxis hervorrufen, daß Niemand mehr wissen würde,
wo die Eisenbahnüberschüsse geblieben sind.

Abg. Kieschke: Ich weiß nicht, weshalb gegen den Vorschlag
des Abg. Stengel vom Finanzminister so bestig Opposition gemacht
wird. Die Gründe, die von ihm geltend gemacht werden, sind nicht
durchschlagend. Der Antrag bezeichnet den ersten Schritt auf einem
richtigen Wege, ich bitte Sie daher, den Antrag mit der vom Abg.
Stengel vorgelegten Änderung anzunehmen.

Abg. v. Rauchau: Gegenüber den Ausführungen des Finan-
zministers kann ich die Annahme des § 2a nicht empfehlen. Wollen

Sie eine Änderung des Gesetzes vom 27. März 1882, so ist die Rechte
dazu bereit, aber mit diesem § 2a die Grundlage des Garantiegesetzes
wegzusäubern und dadurch das Schicksal der ganzen Sekundärbahn-
vorlage zu gefährden, damit können wir uns nicht einverstanden erklären.
(Beispiel rechts.)

Abg. Dr. Hammacher: Ob der vorliegende Antrag angenommen
wird oder nicht, ist gleichgültig, wichtig aber ist es, daß heute bereits
von allen Seiten die Notwendigkeit einer Änderung des Amortisa-
tionsgesetzes anerkannt wird. Ob bei der gegenwärtigen Strömung
eine Initiative der Regierung in dieser Hinsicht zu erwarten ist, er-
scheint mir zweifelhaft, ich werde daher für den Antrag stimmen,
weil durch ihn der wirklichen Meinung des Hauses Ausdruck gegeben
werden soll.

Minister v. Scholz: Ich möchte den Vorredner doch bitten,
gegen diesen Antrag zu stimmen, um die Sekundärbahnvorlage mit
einem so gewichtigen Antrag nicht zu belasten. Abg. Dr. Hammacher
könnte sich wohl an dem genügend lassen, was im Laufe der heutigen
Diskussion zu Tage gefördert worden ist.

Abg. Büttermann: Dieser § 2a, legt nach meiner Meinung
der Regierung keine weiteren Verpflichtungen auf, sondern bewegt sich
eben nur auf dem Boden dieser Vorlage und deshalb werde ich für
den Paragraphen stimmen.

Die Diskussion wird geschlossen und § 2a, sobald abgelehnt.
Ohne Diskussion bewilligt das Haus hierauf die folgenden Para-
graphen und erledigt die Vorlage in zweiter Lesung.

Es folgt die zweite Berathung der Novelle zum Pensions-
gesetz.

Die Kommission beantragt, den Entwurf unverändert nach den
Beschlüssen des Herrenhauses anzunehmen, während

Abg. Berger beantragt:
Im Einzigsten Artikel des Gesetzentwurfs den § 9 in folgender
Fassung anzunehmen:

Bei jeder Pension werden überschreitende Marktrücke auf den
nächsten höheren durch 3 teilbaren Betrag von vollen Mark ab-
gerundet.

Abg. Dr. Hunssen: Ich bitte Sie, den Antrag des Abg. Berger
anzunehmen. Wir haben doch wahrlich keine Veranlassung, die Beam-
ten in ihren Bezügen zu schädigen. Wenn ein Privatmann eine der-
artige Verminderung seiner pflichtmäßigen Zahlungen eintreten lassen
wollte, würde man sein Verfahren kaum als loyal bezeichnen. Ich will
g

verflüchtigen. Im Uebrigen gehört diese Frage zu denjenigen, für deren sachgemäße Erledigung die parlamentarischen Verhältnisse so ungünstig wie möglich liegen, wie sich das im vorigen Jahre während der kurzen außerordentlichen Session des Reichstags zur Genehmigung des deutsch-spanischen Handelsvertrags für jeden ergeben hat, der die damaligen Debatten über das Thema der Nothverordnungen mit den Verhandlungen des konstituierenden norddeutschen Reichstags darüber verglich. Einer Regierung gegenüber, zu welcher der größte Theil der Mitglieder der Volksvertretung sich entweder feindlich oder doch misstrauisch-zurückhaltend verhält, wird es seitens des Parlaments niemals zu denjenigen Behandlung der Frage der Noth-Verordnungen kommen, welche diese Frage da sehr einfach löst, wo sich von selbst versteht, daß Nichtübereinstimmung der Majorität mit der Regierung den Rücktritt der letzteren zur Folge hat. — Schon bei Gelegenheit der Jagdordnungs-Debate des Herrenhauses konstatirten wir, daß der Landwirthschafts-Minister *Lucius* sich langsam nach der agrarischen Seite hin drängen läßt, von der er sich früher fern zu halten suchte. Heute hat er dies wieder bei der kurzen Verhandlung über die Landguterordnung für Schlesien hier im Abgeordnetenhaus erkennen lassen, indem er von dem „drohenden Ruin“ des schlesischen Bauernlandes sprach, welchem das Gesetz vorbeugen soll. Nun kann eine Krankheit allerdings nicht sehr gefährlich sein, welcher die weiße Salbe der „Höferolle“ abzuheilen vermag; aber nur um so bezeichnender ist es, daß Herr *Lucius* eine so wenig geeignete Gelegenheit ergreift, um in die agrarische Rebeweise einzustimmen. Die „Prov-Korresp.“ hat zwar am letzten Mittwoch milde die Angriffe der „Kreuztg.“ auf den Landwirthschaftsminister wegen zu geringer agrarischer Entscheidlichkeit zurückgewiesen, aber sie scheinen doch einigermaßen die beabsichtigte Wirkung gethan zu haben. — In einer Korrespondenz, in welcher meine alsbald tatsächlich bestätigte Mitteilung, daß Herr von Stauffenberg als der Führer der „deutschen freisinnigen Partei“ fungiren soll, ursprünglich befürchtet wurde, werden auch einige andere, an dieser Stelle gemachte Angaben über die Bildung dieser Partei angezweifelt. Das ist aber lediglich Silbenstecherei; es ist z. B. unverständlich, wie jemand im Ernst bezweifeln kann, daß von den beiden parlamentarischen Fraktionen die Fusion schon vorweggenommen ist, noch ehe die „Parteidate“ gesprochen haben. Man frage sich doch nur einmal, was geliehen würde, wenn diese Nein sagten! Die Unmöglichkeit dieses Nein war die Voraussetzung der ganzen Prozedur.

Dem Reichstage ist der Bericht des Reichskommissars für das Auswanderungswesen für 1883 zugegangen. — Der Gesetzentwurf über das Aktienwesen nebst Begründung und Beilagen umfaßt nicht weniger als 50 Druckbogen.

Im Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück wurde am 25. Februar als Erstzmann für den verstorbenen Abg. Marcard der Mitredakteur der „Kreuz-Zeitung“, Herr v. Ungern-Sternberg, in den Reichstag gewählt. Ausfindig gemacht und aufgestellt hatten den genannten Herrn die Ravensberger Orthodox-Konservativen; die Ultramontanen im Wiedenbrückischen hatten scheinbar nur die Ehre bei der Wahl mitzuwirken. Auf einmal stellt sich heraus, daß die lutherischen Bauern von ihren Pastoren einfach dazu gebraucht worden sind, einen besonderen Verehrer von Excellenz Windthorst zu wählen, dessen freundliche Beziehungen zu Kreuzzeitungs-Redakteuren vielleicht auch weitere Kreise interessieren dürfte. Herr v. Ungern-Sternberg hat nämlich an einen Vertrauensmann der Zentrumspartei des Wahlkreises folgendes Schreiben gerichtet, welches die „Magd. Btg.“ mittheilt:

„... wollen mir gestatten, daß ich Ihnen wie dem Wiedenbrücker Wahlausschuß, den Vertrauensmännern des Kreises und allen Zentrumswählern aus Anlaß meiner nunmehr vollzogenen Wahl als Vertreter des Kreises im Reichstage meinen herzlichsten und verbindlichsten Dank sage für den unermüdlichen Eifer, den Sie alle in dieser Angelegenheit entwidmet haben. Ich hatte heute Gelegenheit, mit Excellenz Dr. Windthorst hierüber zu reden und mich davon zu überzeugen, wie hoch befriedigt er von dem Verhalten der Katholiken Wiedenbrück ist und wie fest sein Vertrauen zu ihnen steht. Besonders angenehm berührt ihn die Thatstätte, daß es wesentlich der Kreis Wiedenbrück gewesen ist, der den Ausschlag im Wahlkampfe gegeben hat. Mit Recht sieht er darin einen redenden Beweis für die vorzessliche Organisation der Zentrumspartei in diesem Kreise. Ich meinesbeils glaube der Verpflichtung, die ich demselben gegenüber habe, nicht besser gerecht werden zu können, als indem ich mich durch die leitenden Persönlichkeiten in steter Fühlung mit demselben halte; im Reichstag aber in nicht minder enger Verbindung mit den Führern des Zentrums bleibe. Wenn dieses Verhältniß aber der Öffentlichkeit dem Ganzen angehört, so soll meiner Aussicht nach auch noch ein besonderes privates zwischen dem Abgeordneten und den einzelnen Wählern bestehen. Ich bitte deshalb einen Jeden der selben, sich in allen Angelegenheiten, wo ich ihm durch meine Stellung und in derselben irgend nützlich und dienlich sein kann, vertrauensvoll an mich wenden zu wollen. Alle Zeit werde ich es als meine Pflicht und meine Freude ansehen, zu thun, was in meinen Kräften steht. Der Abgeordnete ist der Wähler wegen da, nicht die Wähler des Abgeordneten wegen. Das ist der Grundsatz, von dem ich mich mit Gottes Hilfe leiten lassen werde. Das Weitere aber sei Ihm empfohlen und anheimgesetzt. — Den mir persönlich bekannt gewordenen Herren bitte ich die wärmsten Grüße zu sagen. Mein Aufenthalt in Wiedenbrück am 3. Februar d. S. wird mir eine besonders liebe Erinnerung bleiben. Mit der Bitte, diese Zeilen an geeigneter Stelle zur Kenntnis bringen zu wollen, bleibe ich *xc.*“

Ueber diesen Brief, so fügt die „Magd. Btg.“ hinzu, herrscht unter den Konservativen eine so peinliche Stimmung, daß das Bielefelder konservative Blatt, die „Neue westfälische Volkszeitung“, nicht den Mut findet, den Wortlaut abzudrucken. Da müssen wohl die liberalen Zeitungen ein wenig mithelfen.

— Aus Rom wird der „Kreuztg.“ telegraphirt: Der „Moniteur“ publiziert die für das Konstituuum in Aussicht stehende Neuvertheilung der sechs Suburbikar-Bistümer. Das durch Hohenlohe's Verzicht valant gewordene Bistum Albano erhält der Kardinal La Valette, während Kardinal Pitra, der bisher Bischof von Frascati, dieses mit Santa Rufina verlässt, wodurch Frascati für Ledochowski eventuell verfügbar bleibt. Ueber Letzteren und Frascati steht in der Publikation noch nichts; doch nimmt man an, daß Ledochowski Frascati erhält.

Neustettin, 10. März. Meinen Bericht von heute Nacht muß ich leider noch mit Folgendem ergänzen: Es ist Thatstätte, daß die Exponenten in dem Geschäft von Freylich ein Falouste in die Höhe hieben, das Schaufenster zertrümmerten, dann in den Laden eindrangen, hier die Tagesklasse ausraubten und schließlich noch zwei Fässer Schnaps mitnahmen. Die in dem an den Laden anstoßenden Komitor von der Straße aus vorgenommenen Verwüstungen footen jeder Beschreibung. Ferner ist das Haus des Verleihbändlers Wedell grauenhaft zugerichtet worden. Es ist in diesem Hause thatäglich keine ganze Scheibe mehr vorhanden; aber nicht an der Vermüllung der von der Familie Wedell bewohnten Räumlichkeiten haben sich die Unholde genügen lassen — auch der Hof, Stall u. s. w. zeigen Spuren ihrer Thätigkeit. Erfolgenes Gesäß, zertrümmertes Geschirr, zerkratzte Wagenlissen und Decken bilden sich in einem wirren Durcheinander dem Auge des Besiedlers dar — ein Bild des vollendetem Bandalismus. Das aber ein im Sterben liegenden alter Jude hat aus seinem Hause gebracht werden müssen, um bei einer mitleidigen Christenfrau Aufnahme zu finden — das sträubt sich die Feder niederzuschreiben, und doch läßt sie die Thatstätte nicht wegdisputieren. — In dem Ihnen bereits mitgetheilten Handgemenge zwischen Tumultuanten und Gendarmen haben letztere sich genötigt gesehen, von der blauen Waffe Gebrauch zu machen; es sind einige nicht unerhebliche Verwundungen dabei vorgekommen. Heute Nachmittag wurden Verhaftungen vorgenommen, vor der Hand fand zur Verhöhung der Polizeimannschaften trieben fortwährend Gendarmen der benachbarten Kreise ein. (Nat.-Btg.)

Paris, 11. März. Der Unterstaatssekretär im Ministerium der Marine und der Kolonien hat unter dem 8. d. Ms. ein Schreiben an den Députirten Guillet gerichtet als Antwort auf das Schreiben desselben über die Haltung und die Proklamation des Generals Gordon in Betreff der Sklaveriefrage im Sudan, welche dazu angethan seien, eine Verschlimmerung des Slavenhandels an den Ostküsten Afrikas herbeizuführen.

Der Unterstaatssekretär theilt mit, er habe das Schreiben Guillet's dem Minister der Marine und der Kolonien übergeben. Den französischen Schiffen sei formell vorgedrieben worden, die unter französischer Flagge segelnden oder unter französischem Protektorat stehenden Fahrzeuge streng zu überwachen. Das Durchsuchungsbefehl besteht und sei für Fahrzeuge dieser Art immer in Anwendung gebracht worden. Was die obne Flagge segelnden Fahrzeuge angebe, deren Papiere sich nicht in Ordnung befinden, so würden dieselben als Seerauber schiffe betrachtet und es sei in dieser Hinsicht keine Inspektion notwendig. Es handelt sich also nur noch um die eine ausländische Flagge führenden Schiffe. Dieselben könnten aber selbstverständlich dem Überwachungsrecht der französischen Schiffe nicht unterliegen, da sie von diesen ohne Verleugnung des Völkerrechts nicht durchsucht werden dürfen.

Das Schreiben schließt mit der Erklärung, daß das Marine-departement seine Aufgabe in den Grenzen des Völkerrechts und der bestehenden Konvention sorgfältig erfüllen werde.

London, 8. März. [Unterhauß.] Der Marquis von Harrington erwidert auf eine Anfrage Sir G. Campbell's, daß von Admiral Dewett und General Graham anscheinend eine gemeinsame Proklamation erlassen worden sei, welche die Anhänger Demana Digma's zur Unterwerfung auffordere; der Regierung aber liegen hierüber keine Nachrichten vor und er sei daher nicht in der Lage, zu sagen, ob der von den Zeitungen veröffentlichte Wortlaut richtig sei, oder nicht. Die Proklamation scheine, ihrem Niederschriften nach zu schließen, in arabischer Sprache abgeschafft; er m. se. sich aber bis zum Einlangen des offiziellen Textes enthalten, ein Urteil über ihren Inhalt abzugeben. — Der Präsident des Handelsamtes Chamberlain verständigt Gibson, daß die Meldung von der Zurückziehung der Merchant Shipping Bill unwahr sei; er stehe in Unterhandlungen mit den hauptsächlichsten Interessenten, und es wäre vorzeitig, zu sagen, was die Regierung bezüglich der genannten Bill zu thun gedenke. — Balfour stellt für Sir Henry Wolf die Anfrage, ob zwischen England und Spanien Verhandlungen wegen der Abtreitung Gibraltar an die spanische Krone geschlossen, oder ob irgend welche andere Schritte zu demselben Zwecke eingeleitet worden seien. Gladstone: „Meine Antwort ist: Nein.“ (Heiterkeit.) — Railes stellt die Anfrage, ob die Regierung, im Falle die militärischen Operationen am Gefilde des Roten Meeres bis über den 31. März (Schluß des Finanzjahres) ausgedehnt werden sollten, um einen weiteren Nachtrag zu erledigen zu bekommen? Gladstone erklärt, vorläufig befrüchte sich die Regierung, Mittel bis zum 31. März, zu verlangen; er hoffe, daß nach diesem Zeitpunkte keine weiteren Expeditionen notwendig sein würden. Beim Eintritt in die Ausschusserarbeitung der Geldbewilligungen beantragt Cameron einen besonderen Ausdruck des Gebahrens der Transport- und Verpflegungsämter während der letzten Kriege in Afghanistan und Egypten einzufügen und sich von diesem Ausschusse Vorschläge zur Neorganisation dieses Zweiges der Armeeverwaltung erstatte zu lassen. Cameron führt u. A. an, daß in Afghanistan während des letzten Feldzuges 60 000 Rameele und 30 000 Pferde und Maultiere zu Grunde gegangen seien, weil sie für den Dienst untauglich waren und daß die Soldaten wegen der schlechten Organisation des Verpflegungswesens die größten Entbehrungen zu erdulden hatten. Brand erwidert Namens der Regierung, daß das Verpflegungsamt und die Transportverwaltung immer ihre Dienste gut geleistet und namentlich in Indien und Egypten keinen Anlaß zur Klage geboten haben; trotzdem seien die Thatstätten, welche Cameron anführt, so gewichtige, daß die Regierung nicht abgeneigt wäre, den Antrag anzunehmen, wenn die Untersuchung strikte auf die angeführten Fälle beschränkt bleibt. Cameron gesteht dies zu und sein in diesem Sinne geänderter Antrag wird angenommen.

Washington, 11. März. (Telegramm.) Der Präsident Arthur übermittelte dem Repräsentantenhause bezüglich der Lasker-Angelegenheit auch das Schreiben des Staatssekretärs Freelinghuyzen, welches die Beileidsresolution begleitete, sowie die bezügliche Korrespondenz des Gesandten Sargent, außerdem ein Memorandum des Staatssekretärs Freelinghuyzen über die Rückgabe der Resolution durch den deutschen Gesandten von Eisendecker. Nach diesem Memorandum erklärte Staatssekretär Freelinghuyzen bei der Rückgabe, nachdem Fürst Bismarck beschlossen habe, die Resolution der Körperschaft nicht zu übermitteln, an welche sie gerichtet gewesen, habe der Präsident an das Verfahren der deutschen Regierung hinsichtlich der Resolution keinen Wunsch zu knipsen. — In einem Briefe Freelinghuyzen's an Sargent vom 10. März wird auf die Geschichte der Vereinigten Staaten hingewiesen, welche alle unfreundlichen Muthmaßungen bezüglich dieser Angelegenheit ausschließe. Freelinghuyzen schließt mit der Erklärung, obgleich die Nichtrückmeldung der Resolution an den deutschen Reichstag in Amerika bedauert werde, gehe die Sache keinen der beiden Zweige der amerikanischen Regierung etwas an.

Vortragende ging davon aus, daß nach seiner Ansicht nicht jede gewerbliche Haushaltarbeit ohne Ausnahme gefördert werden müsse, daß es aber volkswirtschaftlich von großem Segen sein würde, wenn in manchen Gegenden bestimmte Haushaltswirtschaften gefördert, und dadurch dem Hause zum Mühlengange entgegengetreten würde. Es habe Zeiten gegeben, in denen die Arbeit, die wir heute als eine Natur-Nothwendigkeit betrachten, als unwürdig angesehen worden sei. In frühesten Zeiten sei von den Männern die Arbeit den Frauen, später den Słaven aufgebürdet worden, bis endlich die Freigefassten, dann die Freien selbst die Arbeit übernahmen. Auch unsere germanische Vorfahren hätten ein Vorurtheil gegen körperliche Arbeit gehabt, und einen großen Theil der Arbeit den Händen der Frauen anvertraut; auch im vorigen Jahrhundert hätten zum Theil noch solche Anschauungen geheiratet. Das dabei von Hausleib nicht viel die Rede sein konnte, versteht sich von selbst, und gewerbliche Haushaltarbeit fand sich nur infolge vor, als sie von Frauen gepflegt wurde. Ein Jahrhundert regen Schaffens hat inzwischen der Arbeit einen ganz neuen Charakter aufgedrückt, und das Maschinenwesen die Industrie völlig umgewandelt. Die Haushaltarbeit schiedt sich in eine solche, die für den eigenen Bedarf thätig ist, und in solche, die für den Verlauf schafft. Was die erste betrifft, so geht es jetzt nur noch wenige Gegenden, wo der Hausvater Alles arbeitet; man findet derartige Arbeit, die jedenfalls als Mangel der Kultur zu betrachten ist, nur noch in abgeschiedenen Hochthälern etc. Eine Haushaltswirtschaft, die auf bestimmte Gegenden beschränkt und auf bestimmte Industriezweige gerichtet ist, findet man mehrfach besonders in Gebietsgegenden, so die Uhrenindustrie im Schwarzwalde, die Spielwarenindustrie im Thüringer Walde; auch im Orient gibt es eine sehr bedeutende derartige Industrie, so z. B. die Teppichweberei in Persien, die dort hoch entwickelt, und die Quelle einer regen geschäftlichen Thätigkeit ist. Zu solcher Haushaltswirtschaft hat meistens die Noth in Folge unfruchtbaren Bodens gedrängt, und bisweilen durch diese Industrie zu Wohlhabenheit, oft aber auch, besonders in neuerer Zeit, wo die Maschinen der Haushaltswirtschaft eine gewaltige Konkurrenz zu machen begannen, zu großer Armut geführt. Man ist nun, besonders seit der Pariser Weltausstellung i. J. 1867, auf den hohen künstlerischen Werth mancher Gegenstände der Haushaltswirtschaft aufmerksam geworden, und hat derartige Gegenstände für die gewerblichen Museen, so in Wien, in Skandinavien und auch in Berlin (für das Kunstmuseum - Museum) erworben. In Italien haben die beiden Castellani, Vater und Sohn, die künstlerischen Formen, die sie in einigen Haushaltswirtschaften, vorsanden, ausgenutzt und derartige Industrien weiter entwickelt, und dieses Beispiel hat vielfach Nachahmung gefunden. Auch bei anderen Völkern schlummern wohl solche künstlerische Arbeitsfähigkeiten; ob auch in der Provinz Posen derartiges vorhanden ist, dürfte zu beweisen sein; von Holzschnitzerei soll hier in einzelnen Gegenden Einiges geleistet werden. In Österreich sind seit dem Jahre 1873 einige 50 Fachschulen errichtet worden, um die vorhandenen künstlerischen Haushaltswirtschaften, so insbesondere die Bildschnitzerei, weiter zu entwickeln. Es könnte danach scheinen, als ob eine kräftige Haushaltswirtschaft nur auf der Basis einer schon vorhandenen Haushaltswirtschaft erwacht werden könnte; daß dies aber nicht so ist, beweist z. B. die Spitzköppelerei, welche im 16. Jahrhundert im sächsischen Erzgebirge eingeführt worden ist. Dieses Spitzköppeln, sowie das Tambourinen in der Gegend von Plauen gewährt einer steirigen Arbeiterin zwar nur einen Verdienst von täglich 80—90 Pf.; doch ist dabei in Betracht zu ziehen, daß dieser Verdienst meistens auch nur ein Nebenverdienst zu dem Hauptverdienste des Mannes ist. Manche derartige Haushaltswirtschaften haben aber auch viele Schattenseiten, und es ist daher nur zu bewilligen, daß einzelne derselben, z. B. die Hausspinnerei, durch die Maschinenindustrie fast schon völlig verdrängt worden sind, da die Haushaltswirtschaft gegen den mechanischen Webstuhl, welcher allerdings zum Glück für viele Tausende geworden ist, nicht anzapfen vermag. Ist ein derartiger Zweig der Haushaltswirtschaft nicht mehr haltbar, dann mag er so bald wie möglich aufgegeben werden, was wohl am besten dadurch geschieht, daß die Jugend in den betreffenden Gegenden dazu angeleitet wird, sich deren Zweigen der Haushaltswirtschaft zu widmen, und zwar ganz besonders solchen, die wegen der künstlerischen Erfordernisse und Ausstattung mittels Maschinen nicht cultiviert werden können, insbesondere: Bildschnitzerei, feinen Flechtabarbeiten, Stickerei etc. Durch die geniale Arbeit der Hände können alle Stoffe einen sehr bedeutenden höheren Werth erlangen, als sie an und für sich besitzen; durch Fachschulen ist dabei der Geschmac ausgebildet. Industrien dieser Art sind: die Holz- und Spielwaren-Industrie im Schwarzwalde, die Glas-Industrie in Böhmen, die Uhren-Industrie im Schwarzwalde und in der Schweiz. Alle diese Industrien haben die Arbeitsaufteilung eingeführt, deren Folge ein oft sehr billiger Preis der produzierten Waren ist. Die Haushaltswirtschaften sind die Kinder der Noth, und daher bei uns auch wohl nur in den Nothlands-Bezirken, nicht allgemein, einzuführen. In Oberösterreich sind zur Förderung derartiger Haushaltswirtschaften bereits Fachschulen eingerichtet worden. Die Frage, ob auch in unserer Provinz solche Schulen ins Leben gerufen werden sollen, dürfte im Prinzip zu verneinen sein; doch würde es vielleicht gut sein, wenn Dienstjungen, die während des Sommers von hier nach anderen Provinzen ziehen, dort lohnende Beschäftigung finden, während des Winters aber müßig geben und das Erworbbene verzehren, während dieser Zeit sich mit irgend einer Haushaltswirtschaft beschäftigen. Haushaltswirtschaften sind nicht überall an der Stelle Haushaltswirtschaft ist unter allen Bedingungen zu empfehlen. Während die Frauen in ihren Ruhestunden sich gewöhnlich mit Handarbeiten beschäftigen, füllen die Männer im Allgemeinen ihre müßige Zeit nicht in gleicher Weise aus. Bei Beamten, Lehrern, Kaufleuten etc. würden diese Handarbeiten in den Ruhestunden sich mehr zu Liebhäberien gestalten, anders dagegen bei denjenigen Theile der ländlichen Bevölkerung, der während der arbeitsfreien Zeit müßig gebettet. Während dieser Theile der Bevölkerung gegenwärtig den im Sommer erworbenen Lohn verbraucht, und schließlich Noth und Elend in solche Familien einzieht, würden solche traurigen Erfahrungen schwinden, wenn schon die Jugend in ihren müßigen Stunden zur Handarbeit angehalten würde; es würde sich dadurch der städtische Zustand heben, und es würde nicht so viele verbungerte und verlungte Mühlengänger geben. Unter der städtischen Bevölkerung ist im Allgemeinen die Arbeitslust größer, als unter der ländlichen Bevölkerung während der arbeitslosen Zeit. Um diesem Nebelstande abzuheben, geschieht bei der ländlichen Bevölkerung durch die häusliche Erziehung Nichts; es würde Aufgabe der Schule sein, diese Aufgabe durchzuführen. — Die Erziehung von der Nothwendigkeit der Haushaltarbeit ist in immer weitere Kreise gedrungen. In Schweden ist in dieser Beziehung bereits viel geschehen; es haben sich dort zu diesem Bebute Vereine gebildet; Wanderlehrer haben die Bevölkerung für den Handstiel gewonnen und bereits sind dort 60 Handstiehschulen (nicht zu verwechseln mit den Handfertigkeitsschulen) gegründet; die veranstalteten Ausstellungen haben gezeigt, daß der gewerbliche Haushalt dort bereits Wurzeln gefaßt hat. In Deutschland hat die Sache der Zentralverein zur Förderung des Haushaltswesens, welcher seinen Sitz in Bremen hat, in die Hand genommen; es fehlt aber noch, um einen rechten Erfolg zu erzielen, an Provinzialvereinen und Zweigvereinen. Am vortheilhaftesten würde es sein, wenn die Bestrebungen zur Förderung des Haushaltswesens sich an die bereits vorhandenen Volkssbildungvereine anschließen. Möge auch der in unserer Provinz bestehende Volkssbildungsvorstand erkennen, welche Vortheile die Förderung des Haushaltswesens für die praktische Bildung des Volkes bringen würde!

d. An der Schule zu Jerzhee war für die zehnte Lehrerstelle von dem Schulvorstande der Lehrer Krause, welcher katholisch ist und polnisch spricht, der Königlichen Regierung präsentiert worden. Dieselbe hat jedoch diese Wahl nicht bestätigt und in die zehnte Lehrerstelle den Lehrer Hoffmann aus Wysogotow, einen Deutschen und Protestant, welcher der polnischen Sprache nicht mächtig ist, berufen.

Vocales und Provinzelles.

Posen, 12. März.

r. Im Handwerkerverein hielt am 10. d. M. Lehrer Gärtig einen Vortrag über Haushaltswirtschaft und Haushalt. Der

Der „Kurver Pol.“, welcher das mittheilt, meint: Der Schulvorstand werde nicht unterlassen, in dieser Angelegenheit seine Pflicht zu thun. — Gleichzeitig erinnert das ultramontane Polenorgan daran, daß auf die Petition der polnisch-katholischen Familienväter aus Jeruzalé und Ober-Wilda um Wiedereinführung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache für die polnischen Kinder in den Schulen dieser beiden Ortschaften, sowie am Zukunfts der polnischen Kinder mit deutschem Namen zum polnischen Sprachunterricht etc., welche am 27. Juni an den Herrn Minister abgelegt wurde, bis jetzt eine Antwort noch nicht eingetroffen sei, ebenso wenig auf die ähnliche Petition aus Gurczyn. Es werde daher der betr. Schulvorständen nichts übrig bleiben, als den Herrn Minister nochmals an diese Angelegenheit zu erinnern und darauf hinzuweisen, daß die in den Petitionen hervorgehobenen Nebelstände noch immer fortduern.

Telegraphische Nachrichten.

Hamburg, 10. März. Die heute Nachmittag stattgehabte Besprechung der Hamburger Aktionäre der Land- und Bau-Gesellschaft auf Aktien in Lichtenfelde, welcher der Direktor des Instituts beiwohnte, verlief ohne greifbares Resultat. Weder der Vorschlag des Direktors, zur Deckung der 700 000 M. befragenden Verbindlichkeiten eine dreiprozentige Prioritätsanleihe im Betrage von einer Million zu 7 Prozent aufzunehmen, noch der anderweitige Vorschlag, die Aktionäre aufzufordern, freiwillig 15 bis 20 Prozent pro rata ihres Aktienbesitzes zuzuschieben, erhielten die Zustimmung der Versammlung.

Wien, 11. März. In der gestrigen Sitzung der Kreditanstalt, welcher auch Baron Rothschild beiwohnte, wurden die Modalitäten für die Wiederaufnahme der ungarischen Renten-Konversion festgestellt. Mit Rücksicht auf die Lage des Pariser Platzes einigte man sich, der „Presse“ zufolge, dahin, nur eine Theil-Option von ca. 80 Millionen auszuüben. Sobald die Zustimmung der auswärtigen Konsortien eintrifft, soll an eine praktische Ausführung der Beschlüsse geschritten werden.

Paris, 11. März. Fakt alle Journale sprechen sich befallig über das gestern von der Kammer abgegebene Votum bezüglich Erhöhung der Lehrergehalte aus und bezeichnen dasselbe als einen Altstaatsmännischer Klugheit, durch welchen die Stellung des Ministeriums bestätigt werde.

London, 11. März. Im Unterhause wurde bei der Bevathung über den Nachtragskredit für Egypten das Amendement Labouchères betreffend die Ermäßigung des Krebits mit 178 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Von Lord Hartington wurde bei der befalligen Debatte darauf hingewiesen, daß es schließlich nothwendig werden dürfte, eine Modifizierung des Liquidationsgesetzes vorzuschlagen, diese Frage könne indest nur in der gehörigen Weise und in Übereinstimmung mit den europäischen Mächten aufgeworfen werden, werde auch erhebliche Zeit in Anspruch nehmen und sehr viele Verhandlungen erfordern. Von der Regierung eine Erklärung darüber zu verlangen, wie die Streitkräfte zum Schutz der Häfen an der Küste des Roten Meeres gebildet werden sollten, sei verfrüht, schon jetzt aber könne die Regierung erklären, daß die Häfen durch eine zivilisierte Macht geschützt werden müssten. Von der See, Zebhr Pascha zum Gouverneur von Khartum zu ernennen, sei Niemand mehr überrascht worden als die Regierung, sie habe von General Gordon ausführliche Erklärungen darüber verlangt und werde nach deren Eingang ihre Entschließungen fassen und dem Hause miththeilen, es würde wünschenswerth erscheinen, lieber General Gordon noch länger in Khartum zu belassen, als Zebhr Pascha zu dessen Nachfolger zu ernennen.

Der Voranschlag für das Kriegsbudget pro 1884/85 beträgt 17 021 126 Pfd. St., der Präsenzstand ist zu 140 314 Mann gegen 137 632 Mann im Vorjahr angenommen.

Gladstone ist durch sein Unwohlsein das Bett zu hüten genötigt.

London, 11. März. Auf eine Petition hiesiger Kaufleute und Bankiers um Verbesserung der telegraphischen Verbindung zwischen England und Holland erwiberte der Generalpostmeister Haweit, er erkenne den mangelhaften Zustand der bestehenden Kabel vollkommen an und sei seit langer Zeit bemüht, denselben abzuheben. Die Arrangements seien nunmehr beendet und es sollten sofort Schritte gethan werden, um die telegraphische Verbindung in einer dauernden und befriedigenden Weise wiederherzustellen.

Rom, 10. März. In der Deputirtenkammer weigerte sich der Präsident unter Berufung auf die Geschäftsordnung, dem Deputirten Farina das Wort zu ertheilen. Die Kammer ertheilte Letzterem jedoch auf eine befallliche Anfrage das Wort, weshalb der Präsident sein Amt niedergelegen beabsichtigte.

Rom, 11. März. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer verlas der den Vorsitz führende Vicepräsident Spantignati ein Schreiben des Präsidenten Farini, in welchem dieser seinen unwiderruflichen Entschluß mittheilt, in Folge des gestrigen Vorfalls das Präsidentenamt niederzulegen. Die Redner aller Parteien, sowie der Minister Mancini schlugen der Kammer vor, Farini um Zurücknahme seiner Demission zu ersuchen. Hierauf wurde eine von Grimaldi eingebrachte Tagesordnung angenommen, durch welche die Deputirtenkammer ihr Vertrauen zu Farini bekräftigt und die Demission desselben ablehnt.

Rom, 10. März. Der Prinz und die Prinzessin Leopold von Bayern beabsichtigen, am Mittwoch mittelst der Gotthardbahn die Rückreise anzutreten und werden sich morgen Nachmittag von den Majestäten verabschieden.

Belgrad, 11. März. Der König hat dem Könige von Bayern für den ihm verliehenen Hubertus-Orden seinen Dank ausgesprochen und demselben die Insignien des Großkreuzes des Weißen Adler-Ordens übersandt.

Alexandria, 11. März. Das britische Geschwader geht heute nach Smyrna ab, wo es bis zum 28. d. M. verbleiben soll.

Wien, 12. März. [Abgeordnetenhaus. — Budgetberathung.] Der Finanzminister widerlegte sehr eingehend die Einwendungen der oppositionellen Redner und wies namentlich den Vorwurf der Unterdrückung des Deutschthums als völlig un-

rechtfertig zurück, erklärte auch, die Regierung wünsche nicht einen parlamentarischen Kampf, werde aber einen solchen nöthigenfalls nicht scheuen. Unbedingt aber müsse ein parlamentarischer Kampf mit einer definitiven Niederlage jener Richtung enden, welche das Parteiinteresse mit dem Staatsinteresse identifizirt. Die Regierung meint, daß in einem so durch und durch monarchischen Staate die Zukunft allen denen gehöre, welche an den Grundprinzipien festhalten. Die Zukunft gehöre nicht einer Partei, auch nicht einem Volksstamm, sondern Allen. Der Minister bittet schließlich, das Budget als eine allen gemeinsame nichtpolitische Angelegenheit anzunehmen.

Paris, 12. März. Aus Tonkin wird gemeldet: Die Kolonne des Generals Negrier nahm am Sonntag zwei Forts bei Yendinh, 12 Kilometer von Bac-Ninh. Die Franzosen verloren einen Offizier; der Feind zog sich auf die Befestigungen von Bac-Ninh zurück. Die Kolonne Brière traf am Montag unbekämpft in Chi bei Duong ein, überschritt die Stromschnellen im Kanal und stellte die Verbindung mit General Negrier her. Bei der heutigen Rekognosierung auf die Entfernung von fünf Kilometern wurde kein Feind bemerkt. Man glaubt, die Chinesen bereiten ein Rückzug vor, in dem Glauben, sie seien durch die kombinierten Bewegungen beider Kolonnen umgangen.

Lyon, 12. März. Das an den Grafen von Paris abgesetzte Paket, welches am Sonnabend aufgegeben und als verdächtig nach dem Arsenal geschafft worden war, ist gestern von einem sachverständigen Chemiker, welcher seitens der Behörde delegirt war, geöffnet worden. Derselbe konstatierte, daß das Paket sehr stark mit Dynamit gefüllt sei, welches derart verteilt war, daß bei einer Explosion desselben mehrere Personen hätten getötet werden können.

Athen, 12. März. Die Opposition erklärte den Artikel 15 des Gesetzentwurfs über die Reserve, welcher die Regierung ermächtigt, drei Klassen der Reserve bis zu sechs Monaten bei den Fahnen zu behalten, als inkonstitutionell. In einer bei Delianis abgehaltenen Versammlung hat die Opposition beschlossen, sich der Abstimmung zu enthalten, falls die Regierung sich weigere, diesen Artikel zu modifizieren.

Kairo, 11. März. Aus Suakin wird von gestern Abend 8 Uhr gemeldet: Bei dem von zwei Regimentern besetzten Zareba hat das Gewehrfire begonnen. Die übrigen englischen Truppen sind in Folge dessen plötzlich nach Zareba aufgebrochen, ebenso General Graham und Oberst Stewart. Als Garnison in Suakin sind 80 Artilleristen, 650 Matrosen und Marine-Infanterie und 600 Egypten zurückgelassen worden. Nach den letzten Berichten betragen die Streitkräfte Osman Digmars 8000 Mann.

Berantwortlicher Redakteur: C. Fontaine in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anträge übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März.

| Datum | Barometer auf 0 Std. reduz. in mm. 82 m Seehöhe | Wind. | Wetter. | Temp. i. Cels. Grad. |
|----------------|---|-----------|---------|----------------------------|
| 11. Nachm. 2 | 751,6 | ○ schwach | bedeckt | + 5,2 |
| 11. Abends. 10 | 752,7 | ○ mäßig | bedeckt | + 3,1 |
| 12. Morgs. 6 | 754,1 | ○ mäßig | bedeckt | + 2,1 |

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 11. März. Morgen 1,56 Meter.
11. Mittags 1,6
12. Vorgangs 1,56

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 11. März. (Schlus-Course.) Fest.
Lond. Wechsel 20.513 Pariser do. 81.20. Wiener do. 168.75. R. R. S. I. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsd. 109. R. R. Pr. Anth. 126. Reichsanl. 1/3. Reichsbank 146. Darmdb. 159. Reining. Br. 96. Ost.-ung. Bank 713.00. Kreditbank 278. Silberrente 68. Papierrente 67. Goldrente 85. Ung. Goldrente 77. 1860er Loosie 119. 1864er Loosie 310.00. Ung. Staatsl. 224.60. do. Oth. Oth. II. 99. Böhm. Westbahn 261. Elisabethb. — Nordwestbahn 159. Galizier 252. Franzen 267. Lombarden 122. Italiener 94. 1877er Russen 93. 1880er Russen 75. II. Orientanl. 58. Bentz Pacific —. Distonto-Kommandit —. III. Orientanl. 58. Wiener Bankverein 97. 5% österreichische Papierrente 80. Buschreiter —. Egypten 67. Gotthardbahn 94. Edison —. Lübeck —. Riebener 160. Lothr. Eisenwerke —. Marienburg-Maksa —. Alpine Prioritäten —. Nach Schluß der Börse: Kreditattien 277. Franzen 267. Galizier 251. Lombarden 122. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —. Egypfer 67. Gotthardbahn —. Spanier —. Marienburg-Maksa —. 1880er Russen —.

Wien, 11. März. (Schlus-Course.) Realisierungen.

Papierrente 79.77. Silberrente 80.90. Destr. Goldrente 101.90. 6% ungarische Goldrente 122.05. 4% pro. ung. Goldrente 91.22. 5% pro. ungar. Papierrente 88.55. 1854er Loosie 124.00. 1860er Loosie 136.50. 1864er Loosie 170.00. Kreditloose 174.00. ungar. Prämien 117.00. Kreditattien 321.20. Franzen 317.00. Lombarden 145.80. Galizier 297.70. Kasch.-Oderb. 147.00. Pardubitzer 152.20. Nordwestbahn 188.00. Elisabethbahn 230.50. Destr. —. Türk. Loosie —. Unionbank 113.20. Anglo-Austr. 117.20. Wiener Bankverein 109.50. Ungar. Kredit 326.00. Deutsche Bläze 59.25. Londoner Wechsel 121.50. Pariser do. 48.10. Amerikaner do. 100.20. Napoleon 9.61. Dutaten 5.66. Silber 100.00. Marknoten 59.25. Russische Banknoten 1.19. Lemberg-Gernowiz —. Kronpr. Rudolf 179.20. Fran.-Dörf. —. Dug-Bodenbach —. Böhm. Westb. —. Elbthalb. 197.20. Tramway 235.00. Buschreiter —. Destr. 59.35. Papier 95.35.

London, 11. März. Consols 102. Italienische drei-prozentige Rente 92. Lombarden 124. 3% pro. Lombarden alte 114. 3% pro. do. neue 12. 3% pro. Russen do. 1871. 88. 3% pro. Russen do. 1872. 90. 3% pro. Russen do. 1873. 90. 3% pro. Türk. 1865. 81. 4% pro. fundierte Ameril. 126. Österreichische Silberrente 67. do. Papierrente —. 4% pro. Ungarische Goldrente 75. Destr. Goldrente 85. Spanier 61. Egypfer neue —. do. unif. 67. Ottomanbank 15. Preus. 4% pro. Consols —. Rubig.

Suez-Aktien 80. Silber —. Platzdiskont 3% v. o.

Wechselnotierungen: Deutsche Bläze 20.67. Wien 12.29. Paris 25.45. Petersburg 23.18.

In die Bank floßen heute 275 000 Pfd. Sterl.

Königsberg, 11. März. (Getreidemarkt.) Weizen unverändert. Roggen matter, loco 121/122 Pfd. 2000 Pfd. Zollgen. 126.25. per Frühjahr 132.50. per Mai-Juni 133.75. Gerste unverändert. Hafer still, loco inländischer 124.00. pr. Frühjahr 126.00. — Weizen Erbsen per 2000 Pfd. Zollgewicht 151.00. Spiritus pr. 100 Liter 100 Pfd. loco 49.00. per Frühjahr 49.50. per August 52.00. — Wetter: Schön.

Köln, 11. März. (Getreidemarkt.) Weizen biesiger lolo 18.50. fremder 19.00. per März 17.75. per Mai 18.00. Juli 18.25. Roggen loco biesiger 14.50. per März 13.90. per Mai 14.20. per Juli 14.40. Hafer loco 14.00. Rübbel lolo 34.00. per Mai 32.50. pr. Okt. 30.80.

Bremen, 11. März. Petroleum. (Schlussbericht). Rubig. Standard white lolo 7.60 bez. per April 7.65 Br. per Mai 7.75 Br. per Juni 7.85 Br. per August Dezbr. 8.20 bez.

Hamburg, 11. März. (Getreidemarkt.) Weizen unverändert. auf Termine niedr. per April-Mai 173.00 Br. 172.00 Gd. per Mai-Juni 175.00 Br. 174.00 Gd. — Roggen loco unv. auf Termine flau. per April-Mai 132.00 Br. 131.00 Gd. — Hafer und Gerste unveränd. — Rübbel flau. loco 63.50. per Mai 63.50. — Spiritus unv. per März 28. Br. per April-Mai 39. Br. per Mai-Juni 39. Br. per August-September 41. Br. — Kaffee matt. geringer Umlauf. — Petroleum rubig. Standard white lolo 7.80 Br. 7.70 Gd. per März 7.65 Gd. per August-Dezember 8.30 Gd.

Wien, 11. März. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 9.92 Gd. 9.97 Br. per Mai-Juni 10.15 Br. 10.10 Gd. — Roggen per Frühjahr 8.18 Gd. 8.23 Br. pr. Mai-Juni 8.32 Gd. 8.37 Br. Mais per Mai-Juni 6.92 Gd. 6.97 Br. Hafer pr. Frühjahr 7.50 Gd. 7.55 Br. per Mai-Juni 7.60 Gd. 7.65 Br.

Petersburg, 11. März. (Produkten-Märkte.) Talg lolo 70.00. per August 67.50. Weizen loco 12.60. Roggen loco 9.00. Hafer loco 4.80. Hans loco —. Rapsaat (9 Pud) loco 15.75. — Wetter: Frost.

Amsterdam, 11. März. (Getreidemarkt.) Weizen vor November 257. Roggen vor Mai 158. per Mai 162. per Oktober 167.

Antwerpen, 11. März. Getreidemarkt (Schlussbericht.) Weizen flau. Roggen behauptet Hafer rubig. Gerste behauptet.

Antwerpen, 11. März. Petroleummarkt (Schlussbericht.) Raffinerie, Toure weiß, lolo 19. bez. 19. Br. per April 19. bez. 19. Br. per Mai 19. bez. 19. Br. per Sept.-Dezember 20. bez. — Rubig.

London, 11. März. Havannazucker Kr. 12 19. nominell. — Centrifugal Kuba —.

London, 11. März. An der Küste angeboten 13 Weizenladungen. Wetter: Veränderlich.

London, 11. März. Bei der gestrigen Wollauktion waren Preise unverändert.

Glasgow, 11. März. Die Verschiffungen betragen in der vorigen Woche 10 600 Tons gegen 10 500 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Liverpool, 11. März. (Getreidemarkt.) In Weizen mäßiges Ge- schäft, Mais 1 d. billiger. Mehrl stetig. — Wetter: Schön.

Manchester, 11. März. 12x Water Armitage 6. 12x Water Taylor 7. 20x Water Nichols 8. 30 Water Clayton 9. 32x Rock Townhead 9. 40x Mule Mayall 9. 40x Medio Wilkinson 11. 32x Warpcocks Lees 8. 36x Warpcocks Dual. Rowland 9. 40 Double Weston 10. 80x Double courante Qualität 14. Painters 18. 8. 8. 8. pfd. 84. Stetig.

Marktpreise in Breslau am 11. März.

| Festsetzungen der städtischen Markt- Deputation. | gute | | mittlere | | geringe Waare | |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Höch- ster M. Pf. | Nie- drigst. M. Pf. | Höch- ster M. Pf. | Nie- drigst. M. Pf. | Höch- ster M. Pf. |

